

Die "Mazedonische Frage" seit dem 19. Jahrhundert

Griechenland verhindert mit seinem Veto die Aufnahme Mazedoniens in die NATO und verlangt von der benachbarten ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik eine Namensänderung, weil die griechische Bevölkerung ein Nachgeben Athens beim "Namensmonopol"-Anspruch nicht akzeptieren würde. In die Vereinten Nationen war Skopje als FYROM ("Former Yugoslav Republic of Macedonia") aufgenommen worden. Der Konflikt zeigt, wie stark das Verhältnis zwischen den Nationen und Nationalitäten auf dem Balkan unter einem historischen Ballast leidet.

Die "Mazedonische Frage" gehörte zu den Interessenskonflikten zwischen den europäischen Großmächten in der Zeit des Verfalls des Osmanischen Reiches. Mit dem Präliminarfrieden von San Stefano (Yesilköy) nach dem russisch-türkischen Krieg 1878 verband Russland die Absicht, seine Einflussphäre jenseits der Donau durch ein "Groß-Bulgarien" zu etablieren, und stieß damit auf massiven Widerstand bei den anderen Großmächten. Wegen der divergierenden Interessen beließ der Berliner Kongress unter Federführung des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck Mazedonien unter unmittelbarer türkischer Verwaltung.

Der österreichisch-russische Gegensatz konnte mit dem Münchener Abkommen zwischen Kaiser Franz Joseph und Zar Nikolaus II. im Oktober 1903 entschärft werden, das die mazedonische Problematik zum Inhalt hatte. Die Vereinbarung sah unter anderem Richtlinien zur Verbesserung der Administration vor, die der osmanischen Regierung aufgezwungen wurden. Gleichzeitig erhielten die türkischen Behörden nach dem Ilinden (Elias-Tag)-Aufstand grünes Licht für die Niederschlagung der revolutionären Bewegung Mazedoniens. Die 1893 gegründete "Mazedonische Revolutionäre Organisation" - 1896 in "Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation" (VMRO) umbenannt - strebte einen mazedonischen Staat innerhalb einer Balkan-Föderation an.

Die Balkan-Ambitionen der österreichisch-ungarischen Diplomatie irritierten nicht nur den russischen Rivalen, sondern auch den deutschen Verbündeten und Konkurrenten im Kampf um Einfluss in Südosteuropa. Die von Wien unterstützten Reformmaßnahmen, die auf eine administrative Einheit Mazedoniens innerhalb des Türkischen Reiches hinausliefen, provozierten die kleinen Balkanstaaten, insbesondere Serbien.

Die Balkan-Kriege 1912/13, aus denen Serbien militärisch gestärkt und territorial um das Doppelte vergrößert hervorging, schwächten die österreichische Position nachhaltig. 1913 entzündete sich der Zweite Balkan-Krieg am Streit um die Aufteilung Mazedoniens. Die Türkei und Rumänien traten damals an der Seite von Serbien, Griechenland und Montenegro in den Krieg gegen Bulgarien ein. Serbien ging aus dem Konflikt als Hauptgewinner hervor. Die Bulgaren verloren den Großteil ihrer territorialen Gewinne aus dem Ersten Balkankrieg. Der Bukarester Friedensvertrag besiegelte die Teilung Mazedoniens zwischen den orthodoxen christlichen Staaten Serbien, Griechenland und Bulgarien. Die starke Prägung durch die osmanische Herrschaft wirkte in der Weise nach, dass konfessionelle Zugehörigkeit bis heute ein wesentliches Merkmal ethnischer Identität ist. Die Albaner gehören mehrheitlich zum islamischen "Lager" und wurden diskriminiert.

Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, die die europäische Nachkriegsordnung nach dem Ersten Weltkrieg festlegte, stand auch die Mazedonien-Frage auf der Tagesordnung. Die Teilung Mazedoniens zwischen Bulgarien, Griechenland und dem neuen Königreich der

Serben, Kroaten und Slowenen wurde bestätigt. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch Hitler-Deutschland 1941 wurden die westlichen Teile Mazedoniens (mit Tetovo, Gostivar und Debar) ebenso wie der Kosovo dem vom faschistischen Italien annektierten Albanien einverleibt. Zu Bulgarien kamen der größere Teil Vardar-Mazedoniens sowie Teile Ostserbiens. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Wiedererrichtung Jugoslawiens unter kommunistischer Führung schuf Tito eine eigene Teilrepublik Mazedonien und eine slawo-"mazedonische Nation", deren Anerkennung Bulgarien strikt verweigerte.

Die "Proklamation der Antifaschistischen Versammlung der jugoslawischen Völker" von 1944 bezog sich auf ein geografisch größeres Mazedonien, zu dem sich auch die griechischen Kommunisten bekannten, die erst Ende der 1940er Jahre in einem verlustreichen Bürgerkrieg niedergegangen wurden. Athen nimmt insbesondere Anstoß daran, dass sich die Präambel der Verfassung der heutigen "Republik Mazedonien" auf die "antifaschistische Proklamation" von 1944 beruft, woraus "expansionistische Bestrebungen" auf Kosten Nordgriechenlands abgeleitet werden könnten.

Nach dem Auseinanderfallen Jugoslawiens Anfang der 1990er Jahre war es der südlichsten Teilrepublik vergönnt, unter schwierigen Bedingungen auf friedlichem Weg unabhängig zu werden. Die politischen Eliten blieben in Skopje an der Macht, und ihr Demokratieverständnis war von dem Willen bestimmt, dass ihr Einfluss erhalten blieb. Die prekäre innere Stabilität des jungen Staates wurde durch den Kosovo-Krieg erschüttert. Die Albaner, zwischen einem Viertel und einem Drittel der Gesamtbevölkerung Mazedoniens, fühlten sich bis zum sogenannten Ohrid-Abkommen als Bürger zweiter Klasse.